

700 bei „Gemeinsam Stark“ in Ludwigshafen

Am Sonntag fand in Ludwigshafen die erste Demonstration des Hogesa-Abspalters [„Gemeinsam Stark für Deutschland e.V.“](#) statt. Schon im Vorfeld begann der eigentliche Skandal, als das Oberverwaltungsgericht in Koblenz in letzter Minute den Demozug durch die Stadt und auch den Auftritt der Band „Kategorie C“ untersagte. Damit kippte das Oberverwaltungsgericht die Entscheidung des Verwaltungsgerichts aus Neustadt, wonach die Kundgebung wie angemeldet hätte stattfinden dürfen. Bis zu 700 Fußballfans und Patrioten waren dem Aufruf der Veranstalter nach Ludwigshafen gefolgt.

Als Gastredner hatte man unter anderem den Islamkritiker und Ex-Moslem Zahid Khan eingeladen, der unmissverständlich klar machte, dass der Islam niemals zu Deutschland und Europa gehören kann, da damit auch die Demokratie abgeschafft würde. Er verlas 12 Thesen, die er bereits in seinem Buch [„Der Islam gehört nicht zu Deutschland“](#) veröffentlichte. Darin nannte er unter anderem den Stopp der Massenzuwanderung aus islamischen Ländern, die Ausweisung aller straffällig gewordenen Moslems und das Verbot von Islampredigten von ausländischen Imamen. Er machte klar, dass es an einer Integration der Muslime keine Alternative gäbe. Wer das nicht wolle, müsse in ein islamisches Land ausreisen, so Khan.

Aus der Schweiz war extra der Politiker [Ignaz Baerth](#) angereist. Er hielt eine spannende Rede zum Thema „Direkte Demokratie“. Die Schweiz würde zeigen, wie es gehe. Mit seinen Initiativen zum Minarettverbot oder gegen die Massenzuwanderung hätte die Schweiz gezeigt, dass das Volk anders tickt als die Politiker und Medien. Professionell führte der Moderator Dominik Roeseler durch das Programm.

Auf der Gegenkundgebung fanden sich nach Medieninformationen fast 2000 Personen ein. Insgesamt hatten 113 Organisationen zum Gegenprotest aufgerufen. Unter den Gegendemonstranten befanden sich auch Malu Dreyer, die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin und Maria Böhmer von der CDU. Die Polizei machte ihre Arbeit gut und hielt die Randalierer der Gegendemo auf gebührendem Abstand. Ein Durchbruchversuch von Antifa-Extremisten misslang. Im Anschluss gab es 130 Festnahmen. Dem ein oder anderen Hooligan wäre wohl ein bisschen „Action“ lieber gewesen.

Video:

Veranstaltung [Teil I](#)

Veranstaltung [Teil II](#)



Video: Tausende bei 14. Pegida in Dresden

» Liveticker von der Pegida-Demo auf mopo24.de

Dresden: Gebetsteppiche gegen Pegida-Demo



Vor der heutigen Pegida-Kundgebung in Dresden (Beginn: 18.30 Uhr) hat ein „Künstler“ am Montagmorgen 176 Gebetsteppiche [vor der Dresdner Frauenkirche](#) ausgerollt – natürlich streng Richtung Mekka. Der Initiator Kurt Fleckenstein (kl. Foto) aus Mannheim wolle damit ein Zeichen für Offenheit und Toleranz setzen. Wir finden das sehr lobenswert und schlagen Fleckenstein vor, die gleiche Aktion demnächst auch mal vor einer Moschee in Saudi-Arabien durchzuführen. Dann aber statt den Teppichen mit christlichen Kreuzen. Wir wünschen ihm dabei viel Spaß mit der arabischen Toleranz!



Muslima ruft im Kölner Dom Mohammed an



Die Fürbitte ist eine alte und gute Tradition im christlichen Gottesdienst. Zu besonderen Anlässen wird großes Gewicht darauf gelegt, derer zu gedenken, die beladen sind und für sie zu bitten. Das machen meist Gemeindemitglieder, die auch christlichen Glaubens sind und daher Hilfe vom christlichen Herrn erfliehen. Da aber unsere Kirchen nun neuerdings buntvielfältig und offen (für jeden Irrsinn) sind, durfte am 22. Januar anlässlich des Soldatengottesdienstes im Kölner Dom eine Kopftuchmuslima ihren Propheten Mohammed anrufen.

(Von L.S.Gabriel)

Der Soldatengottesdienst findet traditionell zum Weltfriedenstag statt. Kath.net berichtet:

Kardinal Rainer Maria Woelki zelebrierte die heilige Messe. Neben Vertretern der deutschen Streitkräfte waren auch Soldaten anderer Länder anwesend, die in Deutschland stationiert sind. Die Fürbitten wurden von Militärangehörigen verschiedener Nationen in der jeweiligen Landessprache vorgetragen.

Die dritte Fürbitte wurde von einer muslimischen Soldatin

vorgetragen. Die deutsche Übersetzung lautete: „Wir bitten für die Menschen, die dem Unrecht und der Gewalt entgegen treten und dabei ihr Leben riskieren; besonders für unsere Soldatinnen und Soldaten und die Angehörigen der Bundespolizei. Um ein waches Bewusstsein und ein dem Menschen zugewandtes Herz.“

Kardinal Woelki, der so ziemlich das Gegenteil seines Vorgängers Kardinal Joachim Meisner ist, der mit gesundem Menschenverstand und Rückgrat nicht nur gegenüber der islamischen Bedrohung gesegnet war, fand diese bunte – den christlichen Glauben verwaschende – Vorstellung sicher ganz toll, braucht er doch [„solche Retter des Abendlandes“](#) wie Pegida nicht.

Wörtlich sagte die Muslima:

„Im Namen Gottes, des Barmherzigen, des Allerbarmers. Die Grüße seien auf dem Siegel der Propheten. Wir bitten Gott, den Erhabenen, für all die Menschen, die Gewalt und Demütigung ausgesetzt sind und alle diejenigen, die sich mit ihrem Leben der Gefahr aussetzen, insbesondere den Soldaten und Soldatinnen und der Polizei, die über Sicherheit und Schutz und Frieden in den Gemeinschaften wachen.“

Was bitte hat „Gott, der Erhabene“ und „Siegel des Propheten“ (damit ist eindeutig Mohammed gemeint) bei einer katholischen Eucharistiefeier zu suchen?

Auch kath.net meint:

Wer auch immer für die missglückte Fürbitte verantwortlich war – so etwas sollte sich nicht wiederholen. Wie kam es überhaupt dazu, eine Muslimin eine Fürbitte lesen zu lassen? Eine Eucharistiefeier ist schließlich keine interreligiöse Dialogveranstaltung.

Das ist vollkommen richtig, da aber in [christlichen Kirchen auch schon der Muezzin](#) den moslemischen Schlachtruf von Kanzeln plärren darf, gehört diese Art der Besitznahme unserer Kirchen nun wohl wie der Islam selbst zu Deutschland.

Hier das Video vom Soldatengottesdienst im Kölner Dom am 22. Januar 2015 (ab min 37.28 wird Mohammed angerufen):

Der Soldatengottesdienst wurde vom Katholischen Militärdekanat Köln vorbereitet, das auch für die Auswahl der Vortragenden der Fürbitten verantwortlich ist.

Kontakt:



[Katholisches Militärdekanat Köln](#)

Luftwaffen-Kaserne Köln-Wahn

Militärdekan Monsignore Rainer Schnettker (Foto l.)

Flughafenstr. 1

51147 Köln

Telefon: +49 2203 908 3500

E-Mail: kathmildekanatkoeln@bundeswehr.org



**Gericht erlaubt Gegendemo
neben Kagida**



Nach dem Demonstrationsverbot [für die Legida](#) heute Abend in Leipzig, wird nun offenbar auch in Kassel der Versuch unternommen, alles daran zu setzen, dass Bürger den Pegidademonstrationen künftig fern

bleiben. Unfassbar: Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) hat heute [in einer Eilentscheidung bestimmt](#), dass die Gegendemonstration der linken Staatsfeinde **direkt neben der Demo der Kagida** stattfinden darf.

Zuvor hatte die Stadt noch verboten, dass die vom „Arbeitskreis Casseler Autonome“ angemeldete Demonstration am selben Ort ausgetragen werden dürfe. Den Veranstaltern konnte man nicht zusagen, für ihre Sicherheit garantieren zu können. Derzeit verhandeln die Organisatoren mit Vertretern der Stadt und der Polizei über einen anderen Kundgebungsort. Kagida [befragt zurzeit dazu auf Facebook](#) ihre Anhänger. Warum hebt der VGH diese vernünftige Entscheidung der Stadt auf? Man wird den Eindruck nicht los, eine Eskalation sei staatsgewollt.

Kontakt:

Hessischer Verwaltungsgerichtshof

Brüder-Grimm-Platz 1

34117 Kassel

Tel.: 0561 / 10 07 – 0

Fax: 0611 / 327 618 532

Sprechzeiten:

Mo.-Do. 8.30 Uhr – 15.30 Uhr

Fr. 8.30 Uhr – 12.00 Uhr

E-Mail: verwaltung@vgh-kassel.justiz.hessen.de



Marseille: Vermummte schießen auf Polizeichef



Heute Morgen wurden rund 7000 Bewohner des Bezirkes La Castellane im Norden der französischen Stadt Marseille evakuiert, Schulen und Kitas wurden geschlossen, nachdem Vermummte mit automatischen Waffen Polizisten angriffen hatten. Der Polizeichef von Marseille, Pierre-Marie Bourniquel (kleines Foto), soll bei dem Angriff erschossen worden sein, meldet [Le Figaro](#). Mehrere Hubschrauber und eine Sondereinheit der Polizei sind im Einsatz. Ein Polizist erklärte: „Es ging zu wie im Wilden Westen“. Derzeit wird davon ausgegangen, dass es sich um einen Bandenkrieg im Drogenmilieu handelt. Eine Polizeisprecherin erklärte: „Wir sind im Krieg“. Das Verbrechen habe Marseille längst besiegt. Ja, der Krieg ist angekommen in unseren Städten. (lsg) **Update:** Neuesten Angaben zufolge hat Polizeichef Bourniquel den

Angriff überlebt.

» Siehe auch: ["Frankreich ist im Krieg mit dem Islam!"](#)



Video: „Talk im Hangar 7“ mit Henryk M. Broder

Wir haben bislang verpasst, darauf hinzuweisen: Am 22. Januar um 22.20 Uhr fand im österreichischen Privatfernsehen Servus TV eine lebhafte Diskussion zum Thema [„Europas Extremisten – Wie gefährdet ist Österreich?“](#) statt. Gäste waren der deutsche Publizist Henryk M. Broder, Susanne Scholl (Journalistin und Gutmenschin), Birol Kilic („Islam heißt Frieden“-Apologet), Friedrich Steinhäusler (Terror-Experte) und Gerhard Haderer (Karikaturist und naiver „Bildung ändert alles“-Vertreter).

Täuschung und Verrat



„Der Islam hat nichts mit dem Islamismus zu tun.“ „Der Islam ist eine friedliche Religion.“ „Der Islam gehört zu Deutschland.“ Diese Aussagen bestimmen heute maßgeblich die politischen Entscheidungen in Deutschland (und in der EU). Sowohl alle im Bundestag vertretenden Parteien als auch fast alle einflussreichen Medien und gesellschaftlichen Organisationen wie Gewerkschaften oder Wirtschaftsverbände sowie die beiden großen christlichen Glaubensgemeinschaften achten streng darauf, dass diese Aussagen nicht infrage gestellt werden.

(Von Burkhard Willimsky)

Damit wird nicht nur die einheimische Bevölkerung getäuscht, sondern es werden auch besonders die Millionen integrierten Menschen, die vor allem aus religiös-politischen oft lebensbedrohenden Gründen nach Deutschland flüchteten und flüchten, um hier eine neue Existenz in freier und auch religiöser Selbstbestimmung nach den Prinzipien unseres Grundgesetzes aufzubauen, verraten.

Dasselbe gilt auch zunehmend für die integrationswilligen in Deutschland geborenen Muslime. Das religiös geprägte kollektive Umma-Bewusstsein, sowie der vorwiegend patriarchalisch geprägte eng zusammenhaltende Familienverband erschweren es, dass Muslime in Deutschland Entscheidungen im Sinne unseres Grundgesetzes treffen können. Insbesondere für Musliminnen ist es schwer, ihre Lebensplanung abweichend von den Regeln der Scharia selbst zu gestalten, ohne bedroht zu

werden.

Durch die Einführung des Islamunterrichts als ordentliches Bekenntnisfach in immer mehr Schulen der einzelnen Bundesländer haben unsere Meinungs- und Entscheidungsträger in Deutschland festgelegt, dass der Islam alternativlos als friedliche Religion zu gelten hat. Die illusionäre Absicht der verantwortlichen Politiker, durch eine entsprechende Ausbildung der islamischen Religionslehrer an deutschen Universitäten, die Normen und Rechtsgrundsätze der Scharia den Normen und Prinzipien unseres Grundgesetzes anzupassen, musste von vornherein scheitern.

Damit wurde und wird aber der Islamunterricht jetzt auch in öffentlichen Schulen zum Türöffner für die ewig gültigen und unveränderbaren verfassungsfeindlichen Kernaussagen im Koran.

Die – mit Ausnahme der Aleviten – für die Erteilung des Koranunterrichts zuständigen orthodoxen muslimischen Verbände garantieren, dass letztlich die im 7. Jahrhundert von Allah durch den Erzengel Gabriel an seinen letzten Propheten Mohammed übermittelten Offenbarungen ohne Abstriche verbreitet werden und damit wesentlich mehr Schüler als bisher entsprechend beeinflusst werden.

Bis heute haben es alle etablierten und verantwortlichen Alt-Parteien unterlassen, sich kritisch mit den kollektiven Rechts- und Handlungsanweisungen im Koran sowie mit den normsetzenden Reden und Handlungsanweisungen Mohammeds (Sunna) auseinanderzusetzen.

Die Einführung des Islamunterrichts in den öffentlichen Schulen erfolgte übrigens ohne eine kritische Berichterstattung in den Medien und ohne kritische Diskussionen im jeweiligen Plenum der zuständigen Landesparlamente. Nicht nur den betroffenen Lehrern, Eltern und Schülern, sondern der gesamten Bevölkerung wurden die notwendigen Informationen über diese problematische

Entscheidung vorenthalten.

Bei den politischen Fernseh-Talkshows wird stets darauf geachtet, dass etwa verfassungsfeindliche Koranverse nicht zitiert werden. Auch die Zusammensetzung der Gesprächspartner sowie die Gesprächslenkung der Moderatoren haben bisher eine ernsthafte kritische Diskussion über die fundamentalen verfassungsfeindlichen Aussagen der Scharia verhindert.

Für Politiker oder Journalisten, die deutlich den Islam kritisieren und ihn für unvereinbar mit den in Deutschland verfassungsrechtlich garantierten Grundrechten halten, gibt es bisher keine tolerierte Informations- und Meinungsfreiheit.

Als der stellvertretende Chefredakteur der „Bild am Sonntag“ (BamS) – Nicolaus Fest – aufgrund seiner Kenntnisse und Erkenntnisse einen Kommentar am 27. Juli 2014 unter dem Titel „Islam als Integrationshindernis“ veröffentlichte ([PI berichtete](#)), wurde er heftig auch von leitenden Chefredakteuren des Springerverlages kritisiert und auch vom Beschwerdeausschuss des Presserats öffentlich mit der Begründung gerügt, Fest habe die Grenze der Meinungsfreiheit deutlich überschritten. Er verlor Ende September 2014 den Posten des stellv. Chefredakteurs und [verließ den Springerverlag](#).

Auf die naheliegende Idee, Fest aufzufordern, seine als „ungeheuerlich“ empfundenen Aussagen doch einmal gefälligst zu begründen und die Gelegenheit zu nutzen, einen echten Austausch von Argumenten und Gegenargumenten vorzunehmen, wurde verzichtet. Statt zu diskutieren, wird polemisiert und diffamiert!

Als erfahrener Journalist und Jurist wird Nicolaus Fest nicht ohne einen detaillierten Hintergrund seinen Kommentar geschrieben haben, zumal er um die stets einschüchternde Macht der orthodoxen muslimischen Verbände und ihrer Diener in den etablierten deutschen Parteien und Verbänden weiß.

Der langjährige CDU-Abgeordnete im Hessischen Landtag – Hans-Jürgen Irmer – sah sich Ende Januar 2015 gezwungen, seine politischen Ämter als stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion sowie als bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion niederzulegen ([PI berichtete auch hierüber](#)). Er wolle das Klima innerhalb seiner Fraktion nicht weiter belasten, sagte der 62-jährige Oberstudienrat. Seit Jahren kritisiert Irmer die Migrationspolitik, den Asylmissbrauch sowie die Einwanderung in die Sozialsysteme und wurde deshalb immer wieder nicht nur von linken Parteien und Gruppen heftig angegriffen und diffamiert.

Im dem von Hans-Jürgen Irmer herausgegebenen „Wetzlar-Kurier“, einem monatlich erscheinenden Anzeigenblatt mit einer Auflage von ca. 105.000, hat der streitbare Politiker sich in den letzten Jahren immer wieder deutlich zu den Gefahren der Islamisierung geäußert. [In der letzten Februar-Ausgabe](#) fordert Irmer: „Was wir bzw. der Islam vor allen Dingen dringend benötigen, ist eine vorbehaltlose Diskussion über die Relevanz gewaltlegitimierender Inhalte des Korans.“

Hinweis: Bei der Wahl zum Hessischen Landtag 2013 erhielt Irmer als Direktkandidat (Erststimme) mit 47,3 % in seinem Wahlkreis ein besonders beachtliches Ergebnis.

Fazit und These

Die verantwortlichen Meinungs- und Entscheidungsträger in Deutschland haben bisher jede Information bzw. jede ernsthafte öffentliche Diskussion über die für korangläubige Muslime verbindlichen Aussagen im Koran verhindert. Anderenfalls wäre deutlich geworden, dass besonders die Offenbarungen, die Mohammed in Medina in seinen letzten zehn Lebensjahren empfangen hat sowie seine Aussagen und Handlungen auch als oberster Richter und unumschränkter Kriegsherr in dieser Zeit, eine Steilvorlage für den heutigen Islamischen Staat sind. Werden dadurch nicht die über Jahrhunderte mühsam errungenen verfassungsrechtlich verankerten Grundrechte unseres

demokratischen Rechtsstaates verraten?

Der Autor war in Berlin Schulleiter, hauptamtlicher Stadtrat sowie Dozent für Politikwissenschaft an einer Fachhochschule.

Moll: Nun sag', was weißt du über Religion?

Mein Vater sagte immer, man solle das studieren, wovon alle abraten, denn in wenigen Jahren werden Leute aus genau diesen Fächern händeringend gesucht. Hätte er die derzeitige Renaissance der Religion noch miterleben dürfen, er würde sich bestätigt sehen. Eigentlich müsste sich mein ‚brotloses‘ Studium jetzt auszahlen, eigentlich müsste jetzt die Stunde der Theologen gekommen sein. Doch komischerweise werden Menschen meiner Zunft in die öffentliche Debatte kaum einbezogen. Woran mag das liegen?

Das Plasberg Edikt

Es begab sich aber zu der Zeit des 24. November 2014, dass ein Gebot ausging von Talkshowkaiser Frank Plasberg, dass alle Welt auf das Zitieren des Korans in öffentlichen Diskussionen über den Islam verzichten solle. Damit fuhr er nicht nur der anwesenden Lisa Fitz über den Mund, sondern setzte auch ein schlechtes Beispiel für zukünftige Debatten. Alle reden in Bezug auf Religion von notwendiger Aufklärung. Aber wenn man dann tatsächlich mal über die Inhalte aufklären will, wird die Diskussion sogleich abgebrochen.

Viele religiöse Menschen wissen im Grunde recht wenig über die spezifischen Inhalte ihrer Religion, das gilt für Muslime und

Christen gleichermaßen. Ihr religiöser Glaube beinhaltet im Wesentlichen die Vorstellung, dass es einen Gott gibt und dass dieser Gott über sie wacht, was ihnen einerseits ein Gefühl von Geborgenheit gibt und sie andererseits dazu anhält, sich anständig zu verhalten. Exakt dieses Verständnis von Religion brachte der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff vor wenigen Monaten zum Ausdruck, als er mit dem Toleranzpreis der evangelischen Akademie Tutzing ausgezeichnet wurde. In seiner Dankesrede hieß es: „Sie [Christen und Muslime] glauben alle an den einen Gott, der die Welt und alle Menschen erschaffen hat. Sie teilen den Auftrag, die Schöpfung zu achten und zu bewahren. Und Sie glauben an das Jüngste Gericht und damit daran, dass sie einmal Rechenschaft abzulegen haben für ihr Tun auf Erden. Bei so vielen Gemeinsamkeiten sollte es eigentlich sogar leicht sein, die Unterschiede zu ertragen.“ Leider ist genau umgekehrt. Bei so vielen Unterschieden zwischen Christentum und Islam reicht ein Artikel wie dieser keineswegs aus, um sie alle in gebührender Länge zu behandeln. Ich möchte dennoch versuchen, jene zwei Unterschiede herauszugreifen, die mir für die aktuelle Debatte am wichtigsten erscheinen.

(Den Artikel von Sebastian Moll [kann man hier weiterlesen](#))

EU: Bis zu 100.000 „Dschihad-Touristen“



Nach Schätzungen der spanischen Polizei liegt die Zahl der Islamterroristen aus der EU, die sich im irakisch-syrischen Kriegsgebiet dem Dschihad

angeschlossen haben, mit bis zu 100.000 weit höher, als man uns bisher weismachen wollte. Die Zeitung „[El Pais](#)“ veröffentlichte eine Studie der „Policia Nacional“, worin dargestellt wird, dass die daraus resultierenden Rückkehrer sich dann häufig der Dienste von Schleuserbanden bedienen, die den Allahkriegern mit falschen Papieren die Einreise ermöglichten, wie die UCRIF (Zentraleinheit für Schleuserkriminalität und gefälschte Dokumente) in ihrem Bericht belegt. Die bisher kolportierten Zahlen westlicher Geheimdienste von etwa 4000 Dschihadrückkehrern sind damit mehr als fragwürdig.

(Von L.S.Gabriel)

Vor allem über Spanien würden die Schleuser Allahs Fußtruppen zurück nach Deutschland bringen, wird berichtet.

[n-tv](#) berichtet:

In dem Bericht, der vor den Pariser Anschlägen vom Januar erarbeitet wurde, heißt es, für die Ex-Kämpfer der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) gebe es mehrere Rückkehr-Routen. Eine davon führe über die spanische Nordafrika-Exklave Melilla, eine südamerikanische laufe über Zwischenstopps vor allem in Brasilien, Venezuela und Peru. Auf der Melilla-Route seien zuletzt „zahlreiche Fälle von gefälschten Visa aus Deutschland“ registriert worden.

Die Auftraggeber zahlten zwischen 6000 und 10 000 Euro. Damit werde mehr Geld gemacht als mit dem Kokainhandel. Mit dem Geld werde zum Teil auch der IS finanziert. Die gefälschten Pässe mit meist griechischer, türkischer, israelischer oder britischer Staatsbürgerschaft kämen in der Regel aus Athen oder Istanbul, wo auch vielfach gleich ein Flugzeug bestiegen würde, das die Dschihadisten direkt in eine der gewünschten Großstädte Mittel- oder Nordeuropas brächte, berichtet El Pais.

Erst vor wenigen Wochen hatte eine spanische Anti-Terroreinheit in der Exklave Ceuta vier marokkanischstämmige Dschihadisten festgenommen ([PI berichtete](#)). Gleichzeitig waren in mehreren spanischen Städten bei Razzien Waffen, Suchtgift und rund 2 Millionen Euro Bargeld beschlagnahmt worden.

Die derzeitige Politik in Deutschland ist, mutmaßliche Dschihadisten nicht ausreisen zu lassen. Was für eine geniale Idee, so haben wir das Land bald randvoll mit Verrückten, die es nicht erwarten können, was sie in Syrien gelernt haben, anzuwenden. Da sie aber in keines der bevorzugten Kriegsgebiete zurück dürfen und es hier ohnehin genug „Ungläubige“ gibt, werden sie ihre „Religion“ dann wohl bei uns ausleben und in deutschen Straßen „Krieg spielen“.